

SPD begrüßt Vereinbarung von Spitzenverbänden

Zum letzten Mal befaßte sich der Ausschuß für Kommunalpolitik unter dem Vorsitz von Dr. Hans Daniels (CDU) mit dem Gemeindefinanzierungsgesetz 1982. Nachdem der erneut gestellte CDU-Antrag auf Erhöhung der allgemeinen Zuweisungen um 100 Millionen DM zu Lasten der Investitionspauschale mit den Stimmen der SPD-Fraktion abgelehnt worden war, beschloß der Ausschuß auf Antrag der SPD-Fraktion einstimmig eine Änderung des Verteilungsmodus für die Investitionspauschale.

Danach werden 200 Millionen DM nach dem im Gesetzentwurf vorgeschriebenen Modus aufgeteilt und die verbleibenden 100 Millionen DM in der Weise verteilt, daß die Gemeinden den Unterschiedsbetrag zwischen der Schlüsselzuweisung nach Paragraph 10 des Gemeindefinanzierungsgesetzes 1982 und der Schlüsselzuweisung erhalten, die sich bei einer um 100 Millionen DM erhöhten Schlüsselmasse für die Gemeinden ergeben würde. Die gesetzliche Verpflichtung der Kreise, den kreisangehörigen Gemeinden bei der Aufstellung des Entwurfs der Haushaltsatzung in geeigneter Weise Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, wurde auf Antrag beider Fraktionen einstimmig aufgehoben. Der Sprecher der SPD-Fraktion, Reinhard Wilmbusse, gab folgende Erklärung ab:

1. „Die SPD-Fraktion begrüßt die Vereinbarung des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes sowie des Landkreistages Nordrhein-Westfalen, mit der den kreisangehörigen Städten und Gemeinden eine Beteiligung an der Aufstellung des Kreishaushalts ermöglicht wird.“

2. Die SPD-Fraktion geht davon aus, daß die Empfehlung der Spitzenverbände an ihre Mitgliedskörperschaften eine **gesetzliche** Regelung des Beteiligungsrechts der kreisangehörigen Gemeinden bei der Aufstellung des Kreishaushalts entbehrlich macht.

3. Die SPD-Fraktion hält auch eine Beteiligung der Mitgliedskörperschaften an der Haushaltsaufstellung für Landschaftsverbände und den Kommunalverband Ruhr für erforderlich. Sie erwartet, daß über das Verfahren der Beteiligung zwischen den Gebietskörperschaften Einvernehmen erzielt wird. Im Hinblick hierauf sieht sie zum gegenwärtigen Zeitpunkt von einer gesetzlichen Regelung ab.

4. Die SPD-Fraktion erwartet, daß der Innenminister und die Regierungspräsidenten bei der Genehmigung von Haushaltssatzungen der Kreise und Kommunen die Einhaltung des Beteiligungsverfahrens feststellen. Über die Praxis soll der Innenminister zur gegebenen Zeit im Ausschuß für Kommunalpolitik berichten.“

Nach Abschluß der Beratungen wurde der Gesetzentwurf in der Fassung nach der 2. Lesung unter Berücksichtigung der im Ausschuß beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der SPD-Fraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Porträt der Woche



Christel Wagner (CDU)

Sie gehört zu den charmanteren Neulingen in dieser neunten Legislaturperiode des Landtags: die CDU-Abgeordnete Christel Wagner aus Hüllhorst, nahe der Porta Westfalica. Und das soll ein politisches Prädikat sein. Viele Politikerinnen kompensieren nicht selten durch Schärfe und Bissigkeit, was ihnen an männlicher Lautstärke gebricht. Da hat die stete und offene, im Ton eher leise, aber herzliche, in der Sache hartnäckige Rede der Frau Wagner ihre sympathischen Züge. Natürlich, sagte sie, fühle sie sich auch nach nun bald zwei Mandatsjahren in Düsseldorf noch neu und lernfähig; doch die erste Euphorie über den Einzug ins Parlament, auch eine vielleicht zu hohe Erwartungshaltung seien geschwunden. Die Realität setze sich durch: jeder sei im Grunde Einzelkämpfer, mancher dazu noch manches anderen Konkurrenten.

Christel Wagner hat viel Vorarbeit in dieses Mandat gesteckt. Da war zunächst die Berufsausbildung zur Damenschneiderin, dann kamen die Pflichten der Hausfrau und Mutter. Relativ spät erst ging sie in den öffentlichen Dienst, als Vermittlerin bei einem Arbeitsamt, schließlich als Ausbilderin bei einem Berufsbildungswerk. Innerhalb der CDU führte der Weg ab 1971 aufwärts in der Frauenvereinigung und bei den Sozialausschüssen. Das Listenmandat 1980 erstritt sie gegen vier männliche Mitbewerber. Doch da sind nicht einmal Ansätze von Emanzentum zu erkennen. „Die Gleichberechtigung“, sagte sie, „darf auf keinen Fall zur Gleichmacherei führen.“ Und sie deutet mit einem Lächeln an: „Die Frauenvereinigung ist schon gute Schule genug.“ Im Landtag hat Frau Wagner zwei Arbeitsfelder besetzen können, zu denen sie immer ein Talent, eine natürliche Neigung empfand: Den Petitionsausschuß und den Ausschuß für Jugend und Familie. Im einen könne man als Mittler zwischen Bürger und Verwaltung viel Vernünftiges tun, könne man lernen, wie die Bürokratie und ihre Erlaßfluten die Menschen zu ersticken drohen. Das andere habe noch mehr Zukunft. Denn wo bei immer höherer Staatsverschuldung immer weniger Geld verteilt werden könne, sei die Zeit der sozialen Geschenke zu Ende. „Wir brauchen neue, vor allem auch wieder idealee Denkansätze.“ In der Politik für die Frauen werde das besonders deutlich, weil ihre Entfaltungschancen zwischen Schule und Beruf in dieser Zeit schwindender Arbeitsplätze mehr gefährdet seien als je zuvor.

Frau Wagner hat den Mut, auch schon erste kritische Einsichten über Möglich-

keiten und Grenzen eines solchen Landtagsmandates, zudem noch in der Opposition, zu formulieren. „Ich wünschte mir mehr Teamwork um der Sache willen, der Zwang zur Profilierung vereitelt vieles.“ Auch die Parteien, meint sie, müßten ihre Abgeordneten durch mehr Mitarbeit tragen. Das Mißverständnis greife um sich, Fleiß und Leistung des Abgeordneten seien nach der Fülle der wahrgenommenen Termine, der Versammlungsauftritte zu bewerten. „Ich war zeitweise fast zermürbt“, gesteht Frau Wagner ein. So wie bisher könne das mit der Sieben-Tage-Woche nicht weitergehen. Doch das sind keineswegs Anflüge von Frustration. Diese Abgeordnete verbindet politische Urteilskraft mit gesunder Bescheidenheit: „Ich lasse bestimmte Fachgebiete, etwa Außen- oder Wirtschafts- oder Energiepolitik, einfach außen vor. Das muß man einräumen können, auch einmal sagen können: diese und jene Fachfrage kann ich zur Zeit nicht beurteilen.“ Es sei wichtiger, weniges sachkundig beurteilen und danach richtig handeln zu können, als vieles oder gar alles halb zu wissen.

In Wahrheit: genauso ist es, obwohl viele Politiker das nur ungern eingestehen. Politiker, sagt Christel Wagner, sollten überhaupt etwas weniger reden und dafür viel mehr und sorgsamer zuhören können. Das Mandat, das man für die Bürger ausübe, bedürfe der ständigen Rückkoppelung. Von sich selbst glaubt sie, ihr Stil und ihre Methode der politischen Arbeit würden bei den Wählern daheim oft positiv angenommen. Sie will auch daran festhalten, daß einige oft hämisch bespöttelte, zynisch zerredete Verhaltensweisen, die sie mit „Mütterlichkeit, Weiblichkeit“ beschreibt, selbst in der parlamentarischen Arbeit ihren Nutzen haben. Man muß schon sagen, daß die rhetorischen Heroen des Parlamentarismus nicht selten den Pfau schon für intellektuell halten, nur weil er sein Gefieder spreizt.

Christel Wagner liest sehr viel, doch sie will in der freien Zeit auch vom Kochen, Nähen, Werkeln und Basteln nicht lassen. Des einen Streß kann – wohlverstanden – des anderen Muße, Entspannung und Regeneration sein.

Lothar Beyerung